



☉ Unionsländer gegen Merkels Klimapolitik

21.06.2007 17:40 Uhr

Berlin - Mehrere unionsgeführte Bundesländer boykottieren die Klimapolitik ihrer Bundeskanzlerin. So bewerteten Politiker von SPD und Grünen die Ankündigung der Düsseldorfer Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU), dass Nordrhein-Westfalen gegen den Zuteilungsplan für den Emissionshandel den Vermittlungsausschuss anrufen wolle. Aus ihrem Ministerium hieß es, Sachsen, Thüringen und das Saarland hätten bereits Zustimmung signalisiert. Der brandenburgische Wirtschaftsminister und Vizeregierungschef Ulrich Junghanns sagte dem Tagesspiegel: „Was auf dem Tisch liegt, ist schlimm. Es ist eine Benachteiligung des nationalen Energieträgers Braunkohle.“ Allerdings habe sich die Landesregierung noch nicht entschieden, ob sie für eine Vermittlung stimmen werde.

Der Bundesrat kann das Gesetz nicht verhindern, denn es ist nicht zustimmungspflichtig. Er könnte es aber verzögern. Allerdings sagte eine Sprecherin der deutschen Emissionshandelsstelle, dass eine Zuteilung der Kohlendioxid-Zertifikate zum 1. Januar 2008 nur dann noch möglich sei, wenn das Gesetz wie geplant am 1. August in Kraft tritt. Sollte es zu einem Vermittlungsverfahren kommen, müssten die Unternehmen das Jahr ohne CO₂-Zertifikate und ohne das Recht, am Handel teilzunehmen, beginnen.

Der SPD-Umweltexperte Ulrich Kelber hält es für unwahrscheinlich, dass es wirklich zu einer Vermittlung kommt. „Das wird die CDU nicht riskieren, nur um zwei Unternehmen, RWE und Vattenfall, zusätzliche Gewinne zuzuschancen.“ Der SPD-Klimaexperte Frank Schwabe kritisierte, dass die Union riskiere, „dass kein Unternehmen mehr Planungssicherheit hat“. Die Grünen-Vizefraktionsvorsitzende Bärbel Höhn forderte ein „Machtwort der Kanzlerin, denn die CDU-Länder untergraben so die Klimapolitik von Angela Merkel“. Dass die Landesregierung in NRW für einen eigenen Emissionswert für Braunkohlekraftwerke kämpfe, sei eine völlig verfehlte Bevorzugung des „schlimmsten Klimakillers“. deh/thm